

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses - öffentlich -

Sitzungstag:

Montag, 27.03.2017

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Sachgebietsleiter Hochbau/Umwelt Stefan Kammermeier		
Gremiumsmitglieder: Josef Ebert Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Gisela Fischer Günter Peischl Philipp Schwarz Manfred Unterstein		

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

23 9 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 9 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung am 17.03.2017 wurde den Mitgliedern des Umwelt- und Energieausschusses mit der Sitzungseinladung übermittelt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift vom Umwelt- und Energieausschusses gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. mit § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat für die Amtszeit von 2014 bis 2020 als genehmigt.

AZ 024
Bauamt

24 9 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Umwelt- und Energieausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

AZ 61
Bauamt

25 9 **Stellungnahme der Gemeinde Unterföhring nach "Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft - TA Luft" zum Austausch von Gasturbinen im Heizkraftwerk Freimann/München**

Der Bürgermeister gibt das Schreiben der Regierung von Oberbayern vom 22.02.2017 bezüglich der Möglichkeit der Stellungnahme zum Austausch und Inbetriebnahme der Gasturbinen im Heizkraftwerk Freimann (HKW Freimann) der SWM Services GmbH (SWM) auf Grundstück Fl.-Nr. 880/28 der Gemarkung Schwabing (Frankfurter Ring 181, 80807 München) bekannt.

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das HKW Freimann besteht derzeit im Wesentlichen aus zwei als Ausfallreserve und zur Abdeckung von Spitzenlasten dienenden Heißwasserkesseln mit jeweils 149,9 MW Feuerungswärmeleistung (FWL), zwei Gasturbinen GT1 und GT2 mit jeweils 291,7 MW FWL und zwei 2 Dieselaggregaten für Notstrom und Schwarzstart. Die beiden Gasturbinen GT1 und GT2 wurden zum 01.01.2016 und 01.04.2016 stillgelegt.

Am 14.02.2017 stellte die SWM bei der Regierung von Oberbayern Antrag auf Genehmigung nach § 16 Abs. 1 BImSchG zur Errichtung und zum Betrieb von zwei neuen Gasturbinen (GT1 und GT2) für den Grundlastbetrieb in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Anlage) mit jeweils 145 MW FWL (zusammen: 290 MW FWL), die gegen die beiden stillgelegten Gasturbinen ausgetauscht werden sollen. Als Aufstellungsort ist das bestehende Maschinenhaus des HKW Freimann vorgesehen; die neuen Anlagen sollen der Strom- und Fernwärmeerzeugung dienen. Ihnen nachgeschaltet wird ein gemeinsamer Wasserwärmetauscher zur KWK-Nutzung. Die Abgase sollen in den bestehenden, 100 m hohen Kamin eingeleitet werden.

Der Radius des Beurteilungsgebietes nach der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (Nr. 4.6.2.5 bzw. Anhang 3 Nr. 7 TA Luft) für das Vorhaben beträgt 5000 m (50fache Schornsteinhöhe). Zur Erfassung der Immissionsmaxima wurde das Untersuchungsgebiet auf einen Umfang von 20 km x 20 km um das Vorhaben erweitert.

Die beteiligten Behörden und Stellen werden gebeten im Sinne von § 10 Abs. 5 BImSchG, § 11 Satz 1 der Verordnung über Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) spätestens bis 31.03.2017 zu den sie betreffenden Belangen Stellung zu nehmen und aus ihrer Sicht erforderliche Nebenbestimmungen einschließlich der entsprechenden Ermächtigungsgrundlagen vorzuschlagen. Die Gemeinde Unterföhring erhält Gelegenheit zur Stellungnahme als Nachbargemeinde, da das Beurteilungsgebiet nach TA Luft der von dem HKW her-rührenden Emissionen (Kreis mit einem Radius von 5000 m um den Kamin) sich teilweise auf das Gemeindegebiet erstreckt.

Die Umweltverträglichkeitsuntersuchung für den Austausch der Gasturbinen am HKW München-Freimann liegt den Unterlagen bei.

Beschluss: 9 : 0

Stellungnahme der Gemeinde Unterföhring:

Die Gemeinde Unterföhring begrüßt, dass in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung alle Abschätzungen der Auswirkungen von Luftschadstoffemissionen der geplanten Anlage auf die menschliche Gesundheit aller potenziell zu erwartenden relevanten Emissionen betrachtet wurden. Dabei handelt es sich sowohl um Schadstoffe, die bei Überschreitung einer Schwelle eine akuttoxische und/oder chronisch-toxische Wirkung aufweisen als auch um Schadstoffe ohne Schwellenwert.

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gemeinde Unterföhring nimmt zur Kenntnis, dass die Untersuchung ergeben hat, dass die mit den Immissionswerten der TA Luft [2002] vorgegebenen und vom aktuellen Kenntnisstand der toxikologischen Forschung begründeten Schwellenwerte durch die maximale Gesamtbelastung deutlich unterschritten werden und die Belastung mit diesen Schadstoffen unter Gesundheitsaspekten daher als unkritisch betrachtet werden kann (S.74).

Die Gemeinde Unterföhring spricht sich gegen den Austausch der beiden stillgelegten Gasturbinen und die Inbetriebnahme von zwei neuen Gasturbinen im Heizkraftwerk Freimann (HKW Freimann) der SWM Services GmbH (SWM) auf Grundstück Fl.-Nr. 880/28 der Gemarkung Schwabing (Frankfurter Ring 181, 80807 München) aus.

Begründung:

1. Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt (S.76): Bei dem maximalen Aufpunkt der Säuredeposition (S+N), welcher eine Überschreitung lokal auf das direkte Umfeld des Anlagenstandortes zeigt, handelt es sich um das Gemeindegebiet Unterföhring. Auch wenn laut Untersuchung negative Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt durch den Betrieb der geplanten Anlage ausgeschlossen werden können, ist dies nicht positiv seitens der Gemeinde Unterföhrings zu werten.
2. Der Untersuchung ist zu entnehmen, dass die Belastung mit Schadstoffen unter Gesundheitsaspekten als unkritisch betrachtet werden kann. Der Tabelle 13.1 ist zu entnehmen, dass die Vorbelastung der Luftstoffe in Bezug auf den Menschen, Luft, großräumigen Klima schon kritische und in Bezug auf den Boden, Wasser, kleinräumiges Klima und sonstige Kultur- und Sachgüter mäßig sind. Die zusätzliche Belastung durch den Austausch und Inbetriebnahme der Gasturbinen am HKW München-Freimann fällt gering aus, führt jedoch zu einer weiteren Erhöhung der bereits kritischen und mäßigen Belastung. Dies wird auch in Abbildung 3.9 aufgeführt.
3. Laut Untersuchung sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch insgesamt gering einzustufen (S. 111). Hier fällt die Betonung auf das Wort insgesamt. Im Gemeindegebiet speziell im Siedlungsgebiet in Unterföhring wird die stärkste Belastung (Immissions- und Depositionsmaximum NO₂, SO₂, CO, NO₂) prognostiziert (Abbildung 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6 und 3.7).

Nebenbestimmungen der Gemeinde Unterföhring:

4. Die Gemeinde Unterföhring bittet um Rückmeldung, ob eine Erhöhung des bestehenden 100m hohen Kamines unter Berücksichtigung der Beeinflussung auf das Landschaftsbild, Anlagenrealisierung und Kostenerhöhung möglich ist, damit die Immissions- und Depositionsmaxima nicht im Siedlungsgebiet (ca. 11.000 Bürgerinnen

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

und Bürger, sowie ca. 19.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) der Gemeinde Unterföhring liegen, sondern bei West-Wind ihr Maximum östliche des Siedlungsgebietes von Unterföhring zeigen. Zudem kann es zu einer stärkeren Vermischung der Emission mit der Luft kommen und somit zu einer Verringerung der Konzentration.

5. Desweiteren bittet die Gemeinde Unterföhring um die regelmäßige Veröffentlichung der gemessenen Emissionswerte TA Luft auf der Internetseite des SWM, identisch zu den Emissionsdaten und Bezugsquellen der Kohle im HKWN.
6. Darüber hinaus sind alle technischen Möglichkeiten zur Schadstoffminimierung auszuschöpfen.

AZ 8641
Bauamt

26

9

Anpassung des Energiesparförderprogramms der Gemeinde Unterföhring (Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.02.1996, Nr. 1310 - 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Seit dem 01.01.2017 enthält das Energiesparförderprogramm die Maßnahme 2.6 Mobilität – Elektrofahrrad. Die vorigen Änderungen sind dem Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016, Nr. 469 und im Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr.17 zu entnehmen.

Sachstand zu Bürgeranmerkungen:

Warum Elektroräder gefördert werden:

Die Gemeinde Unterföhring ist eine öffentliche Einrichtung mit der Aufgabe der Daseinsvorsorge. Zu dieser zählt auch die Mobilität. Die Gemeinde möchte Bürgerinnen und Bürger bei der Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens (häufiger mit dem E-Rad statt Auto und weiter mit dem E-Rad statt mit dem Rad) unterstützen. Hierbei ist es jedoch nicht das Ziel durch massive Förderung andere Mobilitätsangebote, welche auch klimafreundlich sind zu unterbinden. Elektroräder sind heute noch verhältnismäßig teuer und werden daher durch die Gemeinde Unterföhring bezuschusst.

Vergleich Förderungsprogramm der Stadt München und Steiermark

- Die Stadt München fördert mit ihrem Förderprogramm „Integrierten Handlungsprogramms zur Förderung der Elektromobilität in München“ (IHFEM 2015): keine Pedelecs für Bürgerinnen und Bürger, sondern nur für „Gewerbe“ dh. Unternehmen, freiberuflich Tätige und gemeinnützige Organisationen mit 25% der Nettokosten bis zu 500 Euro der Nettokosten.

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- Die Steiermark (Bundesland in Österreich) fördert seit 01.01.2016 nur Lastenfahrräder. Für private Käufer gilt als Berechnungsbasis der Brutto-Preis und 25% der Anschaffungskosten eine maximale Förderhöhe von 500 Euro. Gewerbliche Käufer erhalten 25% auf den Netto-Preis bis maximal 400 Euro.
- Die Stadt Tübingen hat eine Abwrackprämie für Krafträder mit Zweitaktmotor und fördert den Kauf eines Elektro-Zweirades von 200 - 500 Euro.
- Diverse weitere Förderungen werden häufig durch Stadtwerke angeboten.

Bemessung der Förderhöhe:

- 30 % der förderfähigen Kosten, max. 500 € pro Haushalt

Bemessen nach der Förderwunschsumme des Zweirad-Industrie-Verbandes für eine deutschlandweite Förderung durch den Bund.

Die Förderung des Elektrofahrrades ist im Energiesparförderprogramm der Gemeinde die Maßnahme mit der höchsten Fördersumme im Verhältnis zum Umsetzungspreis.

Fahrradpass:

Bei Verlust des Rades sind hier alle wichtigen Merkmale des Radels vermerkt. Die Codierungsbestätigung des ADFC enthält auch alle wichtigen Merkmale und wird bei Antragsstellung als Fahrradpass anerkannt.

Fahrradcodierung:

- Bei der Anschaffung eines Elektrofahrrades handelt es sich um einen Wert in einem 4-stelligen Eurobereich. Die Polizei empfiehlt die Erstellung eines Fahrradpasses und der Fahrradcodierung oder Fahrradkennzeichnung als Eigentumsnachweis. Die Möglichkeit der Fahrradkodierung und Erstellung eines Fahrradpasses sind jedoch häufig nicht geläufig. Durch die Codierung soll den Bürgerinnen und Bürger deutlich werden, dass es nicht nur das Fahrradschloss zum Schutz vor Diebstahl gibt und einen Anreiz zu weiterer Erkundigung nach Sicherungsmaßnahmen geben.
- Die Polizei in Bayern führt keine Codierung durch, mit der Serviceleistung wurde der „Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club“ (ADFC) betraut. Codierungen werden in den Gebäuden des ADFCs durchgeführt oder kann bei hoher Anfrage und Kostenübernahme auch Vorort, also in Unterföhring, durchgeführt werden. Durch einen Bürger ist bekannt, dass auch Codierungsaufkleber online aus einem anderen Bundesland angefordert werden können und dann selbst angebracht werden können. Hierfür werden seitens der Gemeindeverwaltung noch Bilder der angebrachten Codierung zur Antragsbearbeitung gefordert.
- Gravur: Bei einigen Rad-Herstellern kommt es zum Ausschluss der Garantie bei einer Gravur. Auf Anfrage erklärt der ADFC, dass in 20 Jahren Codierarbeit und über neuntausend codierten Rädern bundesweit kein Fall bekannt, wo die Codierung Ursache für einen Rahmenbruch war. Ausgeschlossen werden kann dieses jedoch nicht. Klebekodierungen seien laut ADFC binnen weniger Minuten

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Rückstandslos entfernbar. Laut Rückmeldung eines Bürgers ist die Entfernung der Klebekodierung nicht so einfach möglich. Antragsteller können selbst entscheiden, welche Art der Codierung Sie vornehmen möchten. Die Förderung unter der Voraussetzung einer Codierung ist aus fachlicher Sicht den noch erstrebenswert. Durch die Codierung soll den Bürgerinnen und Bürger deutlich werden, dass es nicht nur das Fahrradschloss zum Schutz vor Diebstahl gibt und einen Anreiz zu weiterer Erkundigung nach Sicherungsmaßnahmen geben.

Maßnahme 2.7 Sonstige Förderung:

Unter dieser Maßnahme können Bürgerinnen und Bürger für weitere Bemühungen einen Zuschuss bekommen. Hier ist vor Beginn/ Kauf der Maßnahme ein Antrag zu stellen.

Bisher wurde eine telefonische Anfrage gestellt, ob der Umbau eines Fahrrades zu einem Elektrofahrrad gefördert wird. Ein Antrag ist jedoch bisher noch nicht eingegangen. Die Förderung eines zweiten E-Rades pro Haushalt ist durch die Maßnahme 2.7. ausgeschlossen.

Pro Haushalt ein Rad:

- Im ersten Entwurf wurde die Förderung mit der Bedingung der Abschaffung eines Autos oder Motorades, einer sogenannten „Abwrackprämie“ verknüpft. Fachlich wäre dies auch sehr empfehlenswert. Dieser Entwurf wurde verworfen, da die Anzahl der Anträge unter dieser Bedingung sehr gering ausfallen würde, somit wurde die „Pro Haushalt ein Rad“-Vorgabe eingepflegt. Da ein Auto im Haushalt doch häufig nicht entbehrlich ist. Das Elektrofahrrad soll optimal ausgelastet werden durch die Person im Haushalt für die es eine Verbesserung in der Mobilität ist. Es soll ein Anreiz geschaffen werden, das Rad mehr und für längerer Strecken und häufiger zu nutzen. Dies soll freiwillig geschehen und keine Verpflichtung sein. Bei der Anschaffung von zwei oder mehr Rädern pro Haushalt könnte der Händler Mengenrabatt geben. Dh. es gibt schon eine Förderung.

Zwischenstand der Förderauszahlungen 02.03.2017

Bisher wurden 14 Förderanträge durch die Gemeinde Unterföhring bewilligt und ausgezahlt. 13 mal wurde der maximal Betrag von 500 Euro ausgezahlt. 3 Antragsteller berichteten, dass sie 2 Räder pro Haushalt gekauft haben.

Änderung zur Maßnahme 2.6 Mobilität – Elektrofahrrad:

2.6. Mobilität - Elektrofahrrad

	Gemeindeförderung	Wird bezuschusst wenn:
Elektrofahrrad	30 % der förderfähigen Kosten, max. 500 € pro Haushalt	-alle Elektrofahrräder (E-Bikes), Pedelecs und S-Pedelecs (Speed-Pedal Electric Cycle) mit zusätzlichem Tretantrieb, die neu gekauft (ab

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

		<p>01.07.2016) wurden und eine Motorleistung von maximal 500 Watt aufweisen.</p> <p>-pro Haushalt ein Elektrofahrrad -der Antragsteller hat mindestens 3 Jahre seinen Hauptwohnsitz in Unterföhring -zur Eigennutzung -Fahrradpass mit Fahrradcodierung sind ist vorhanden -Fahrradcodierung (Klebung oder Gravur) ist vorhanden -Bild (Foto) der Fahrradcodierung ist vorhanden -der Antragsteller erklärt verpflichtet sich bereit an Umfragen der Gemeinde teilzunehmen</p>
--	--	---

Hinweis: Es werden keine gebrauchten Räder gefördert sowie keine Elektroräder ohne Tretantrieb (wie E-Roller oder E-Scooter), sowie Räder ohne direkte Verbindung der Pedale zum Hinterrad (z.B. E-Rockit).
~~Fahrradleasing oder Diensträder sind von der Förderung ausgeschlossen.~~

Der Fahrradpass stellt keinen Eigentumsnachweis dar. Dennoch kann er gemeinsam mit dem Kaufbeleg und einem Farbfoto auch für Versicherungszwecke wichtig sein.

Sollte das geförderten Elektrofahrrad innerhalb von 3 Jahren weiterverkauft/ gegeben oder regelmäßig von anderen nicht im Haushalt befindlichen Personen genutzt werden, so wird die Förderung anteilig zurückgefordert.

Einzureichende Unterlagen bei Antragsstellung - Elektrofahrrad

- ✓ Ist nicht erforderlich.

Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung - Elektrofahrrad

- ✓ Der Förderantrag ist **vollständig** spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrades zu stellen.
- ✓ Kopie der Rechnung mit geforderten Daten
- ✓ **Belege der geforderte Daten**
- ~~✓ Kopie des Fahrradpass mit Fahrradcodierung~~

Beschluss: 9 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen, im Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring, Stand 01.01.2017, sind folgende Ergänzungen vorzunehmen:

- keine Beschränkung der Motorleistung des Fahrrades von maximal 500 Watt

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- Eine Fahrradcodierung (Klebung oder Gravur) ist vorzulegen
 - Bild (Foto) der Fahrradcodierung ist vorzulegen
 - Antragsteller verpflichtet sich an Umfragen der Gemeinde teilzunehmen
 - Der Förderantrag ist vollständig spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrades zu stellen.
 - Belege der geforderte Daten sind mit einzureichen
- Fahrradleasing sind von der Förderung ausgeschlossen.

AZ 6620
Bauamt

27 9 **Ergänzungen zur Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring
(Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)**

Am 12.03.2009 beschloss der Gemeinderat den Erlass einer Baumschutzverordnung (BSchVO). Die Verordnung wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Hier noch einmal die wichtigsten Punkte:

1. Geschützt sind nur Laub- und Walnussbäume wenn ihr Stammumfang in einen Meter Höhe über dem Boden gemessen, größer als 100 cm ist. Folglich gilt die Baumschutzverordnung nur für Großbäume, d.h. nur für einen kleinen Teil des privaten Baumbestandes. Kleinere Bäume können demzufolge auch ohne Antrag gefällt werden.
2. Nadelbäume und Obstbäume, mit Ausnahme der Walnussbäume, unterliegen generell nicht der BSchVO, können daher ohne Antrag gefällt werden.
3. Es ist verboten, lebende Bäume zu entfernen, zu zerstören oder zu verändern. Die letzten beiden Punkte betreffen in erster Linie unfachgerechte Schnittmaßnahmen, die das charakteristische Aussehen des Baumes nachhaltig beeinträchtigen und das Wachstum dauerhaft verhindern, z.B. Kappung der Krone.
4. Ein Rechtsanspruch auf Fällung besteht nach § 5 Abs. 1 BSchVO, wenn
 - aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch darauf besteht („Baugenehmigung“) oder
 - die Nutzung des Grundstücks und/oder des Gebäudes durch den Baum unzumutbar beeinträchtigt wird (gilt nicht für Schatten- oder Laubfall und für durch Wurzeln verursachte Bodenunebenheiten) oder
 - der Baum aufgrund seines Alters oder aufgrund von Schäden seine Schutzwürdigkeit verloren hat (Nachweis!).

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

5. Die Fällung eines Baumes kann unter Auflagen genehmigt werden. Es kann z.B. eine Ersatzpflanzung auf dem Grundstück gefordert werden, aber nur wenn diese zumutbar ist, oder es kann eine Ausgleichszahlung für die Neupflanzung eines Baumes auf einem öffentlichen Grundstück gefordert werden, beides Dinge, die für die Fällung eines Großbaumes durchaus als angemessen zu sehen sind.
6. Die Antragstellung erfolgt grundsätzlich durch den Eigentümer des Baumes (Grundstückseigentümer oder Hausverwaltung).

In der Regel werden nur Anträge auf Baumfällungen auf dem eigenen Grundstück gestellt. In der letzten Zeit hatte die Gemeinde einige Anträge, die die Fällung eines Baumes auf dem Nachbargrundstück zum Inhalt hatten, da die Wurzelbereiche dieser Bäume in das Grundstück ragen und den Neubau behindern. Der Antragsteller bezog sich dabei auf die Baumschutzverordnung der Landeshauptstadt München. Darin gibt es seit einigen Jahren schon die Möglichkeit einer Antragstellung auf Fällung eines Baumes auf dem Nachbargrundstück, wenn dieser einen Neubau behindert. Auf Nachfrage stimmte die Behörde einer Verwendung des Formulars durch die Gemeinde zu.

Wichtig dabei ist, dass in dem betreffenden Abschnitt der Antragsteller eine Einverständniserklärung des Grundstückseigentümers vorlegt, dass dieser mit der Fällung und ggbfs. Ersatzpflanzung einverstanden ist. Ohne dies Einverständnis ist eine Fällung nicht möglich.

Das neue Antragsformular wurde den Gemeinderäten ebenfalls mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Die Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen (BSchVO) wird entsprechend ergänzt.

Beschluss: 9 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:
In die Baumschutzverordnung (Stand: 12.03.2009) im §5 Abs. 4 Satz 2 ist „Antragsformular - Antrag auf Baumfällung / Baumveränderung“ zu ergänzen.

AZ 0281
Bauamt

Geburtenbaumprogramm der Gemeinde Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 10.07.1987, Nr. 657. Es wurde darin beschlossen, dass die Gemeinde zur Geburt eines Kindes, das den Wohnsitz in der Gemeinde Unterföhring hat, ab

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

01.01.1988 einen Laubbaum einschließlich Pflanzung spendet. Das Geburtenbaumprogramm war als Beitrag zur Förderung der Ortsbegrünung und Entwicklung eines verbesserten Ökologiebewusstseins bei Kindern und Erwachsenen gedacht. Die Pflanzung erfolgte damals auf dem Grundstück der Eltern oder, falls keines vorhanden war, auf dem eines Verwandten in Unterföhring. Falls überhaupt kein Grundstück vorhanden war, wurde der Baum auf einem öffentlichen Grundstück gepflanzt, wo gerade Platz war. Die Pflanzung erfolgte durch den Bauhof.

Da auf den öffentlichen Grundstücken bald immer weniger Platz war, wurde für das Geburtenbaumprogramm ab dem Jahr 1994 eine eigene Pflanzfläche zur Verfügung gestellt, und zwar auf dem „Eisweiher-Grundstück“ zwischen dem Etzweg und der Gleißbach (Größe ca. 7.000 m²). In den fünf Jahren zwischen 1994 und 2000 wurden dort ca. 250 Bäume gepflanzt.

Nach vollständiger Bepflanzung dieses Grundstücks wurde ab dem Jahr 2000 das Grundstück Fl.Nr. 780 „Oberer Moosanger“ südlich der M3 und nördlich der Hierlbachsiedlung mit einer Fläche von 12.453 m² als weitere öffentliche Fläche zur Pflanzung von Geburtenbäumen zur Verfügung gestellt. Dieses Grundstück war knapp 10 Jahre ausreichend für die Pflanzung von ca. 260 Bäumen.

Ab 2010 wurden die Geburtenbäume auf den Grundstücken Fl.Nr. 229/2, 231/2, 232/2, 233/2, 234/5, 234/6, 235/2, 236/2 und 237/3 am Etzweg östlich des Kleingewerbegebietes gepflanzt (Gesamtgröße ca. 17.000 m²). Bisher wurden dort ca. 480 Bäume gepflanzt. Die Frühjahrspflanzung Ende April 2017 kann dort noch untergebracht werden, dann ist auch dieses Grundstück voll.

In den letzten Jahren haben die Anzahl der Geburten und damit die Anzahl der zu pflanzenden Bäume stark zugenommen, auf derzeit ca. 100 Stück pro Jahr. Die Größe der neuen Geburtenbaumfläche sollte nach Möglichkeit für 5 Jahre ausreichend sein. Geht man von der derzeitigen Gesamtzahl aus (ca. 100 Stück pro Jahr) und von einer Pflanzfläche von ca. 25 m² pro Baum müsste die Fläche des Grundstücks ungefähr 12.000 m² betragen.

Für die Gemeinde stellt sich jetzt die Frage, wie sie mit dem Geburtenbaumprogramm weiter vorgehen soll? Soll, wie bisher, für jeden Neugeborenen ein Baum gepflanzt werden, dann wird ab der Herbstpflanzung 2017 ein neues Grundstück benötigt, dessen Größe für die nächsten Jahre ausreichen sollte.

Wichtig bei der Auswahl eines potentiellen Grundstücks ist auch die Nähe zur Wohnbebauung, da das Grundstück leicht zu Fuß erreicht werden sollte.

Die einzigen geeigneten Grundstücke, die der Gemeinde gehören und sich in fußläufiger Entfernung von der Wohnbebauung befinden, sind die Flur-Nrn. 846 und 895 zwischen dem Etzweg und dem Feringasee mit einer Gesamtgröße von ca. 10.000 m². Die beiden Grundstücke werden zurzeit

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

landwirtschaftlich bewirtschaftet. Andere Grundstücke müssten käuflich erworben werden.

Ein weiterer Vorteil einer zusätzlichen Geburtenbaumfläche wäre, dass laut Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde vom 20.03.2017 die Geburtenbaumflächen zu 50 % als Ausgleichsflächen für das Ökokonto anerkannt werden könnten, wenn darauf „kräuterreiche Glatthaferwiesen angelegt werden. Die Flächen sind zweimal pro Jahr zu mähen, das Mähgut ist aufzunehmen und abzufahren“. Die Verwaltung weist darauf hin, dass aufgrund der ausstehenden Bauvorhaben zusätzliche Ausgleichsflächen dringend benötigt werden. Für die beiden Geburtenbaumflächen südlich der M 3 (Größe ca. 12.400 m²) und am Etzweg (Größe ca. 17.900 m²) würden demzufolge insgesamt ca. 15.000 m² als potentielle Ausgleichsflächen anerkannt werden. Ansaat und Pflege der Flächen müssten vom Bauhof durchgeführt werden. Eltern, die das Grundstück nach der Bepflanzung betreten möchten, müssen allerdings mit einem höheren Bewuchs der Flächen rechnen. Das gilt im Übrigen auch für die Grundstücksnachbarn, die eine Zunahme der Blütenpollen akzeptieren müssen.

Sollte ein neues Grundstück für die Geburtenbaumpflanzung nicht zur Verfügung gestellt werden, dann müsste sich die Gemeinde eine Alternative zur bisherigen Baumpflanzung überlegen. Eine Möglichkeit wäre, jedem Neugeborenen ein Geschenk zu machen, z.B. eine Topfpflanze, die sich die Eltern aussuchen können oder ein Bodenfliese mit den Daten des neugeborenen Kindes, das auf öffentlichen Wegen verlegt wird.

Änderung des Programms (Entscheidung des Gremiums):

Als Geburtenbäume wurden seit Anbeginn nur Laub- und Obstbäume gepflanzt, die im Landschaftsplan als ortsüblich aufgeführt sind. Im Frühjahr 2012 stellte eine Familie den Antrag, dass in das Geburtenbaumprogramm auch Ginkgo-Bäume aufgenommen werden. Dies wurde bisher immer abgelehnt, weil die Bäume ursprünglich aus China stammen und nicht ortsüblich sind. Auf Wunsch des damaligen Bürgermeisters Schwarz wurde der Ginkgo-Baum aber ab Juli 2012 in das Geburtenbaumprogramm aufgenommen. Die Entscheidung darüber erfolgte auf dem Büroweg. Seit 2012 wurden am Etzweg insgesamt 35 Ginkgo-Bäume gepflanzt. 13 davon mussten schon kurze Zeit später ersetzt werden, weil die Wurzeln vollständig von Wühlmäusen weggefressen wurden (und dies, obwohl die Bäume mit einem Wurzelschutz versehen waren). Bei keiner anderen Baumart waren in der Vergangenheit derartige Ausfälle zu beklagen.

Da Ginkgo-Bäume nicht ortsüblich und sehr anfällig für Zerstörungen durch Wühlmäuse sind schlägt die Verwaltung daher vor, die Ginkgo-Bäume wieder aus dem Geburtenbaumpflanzprogramm zu entfernen, falls das Programm fortgesetzt wird.

Beschluss: 8 : 1

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Der Umwelt- und Energieausschuss befürwortet, dass im Geburtenbaumprogramm die Eltern des neugeborenen Kindes anstelle eines Baumes eine Topfpflanze oder zum Beispiel ein Sparbuch erhalten.

Der Umwelt- und Energieausschuss beschließt weiter, dass die beiden alten Geburtenbaumgrundstücke am Etzweg und südlich der M 3 mit der Unteren Naturschutzbehörde bepflanzt werden, damit sie zukünftig zur Hälfte als Ausgleichsflächen anerkannt werden.

Dieser Beschluss ist dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Gemeinderatsmitglied Phillip Schwarz beantragt gemäß Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO, dass sein Abstimmungsverhalten – dagegen - in der Niederschrift festgehalten wird.

AZ 1735
Bauamt

29 9 Anbringung eines Vogelschutzes auf Glasflächen am S-Bahn-Gebäude

In den letzten Jahren wurden öfter tote Vögel aufgefunden, die gegen die Glasscheiben des S-Bahn-Gebäudes geflogen und dabei umgekommen sind. Grund dafür ist, dass sich die Bäume und Sträucher, die auf den östlich angrenzenden Nachbargrundstücken von PRO 7 und Allianz stehen, in den Glasscheiben spiegeln und die Vögel deshalb dagegen fliegen.

Bei einem Ortstermin mit einer Mitarbeiterin des Landesbundes für Vogelschutz wurde seitens des LBV empfohlen, die Scheiben mit Schutzfolien zu bekleben.

Gesamtzahl der äußeren Fensterelemente an der Ostseite: 144

Größe eines Fensterelements (B: 180 cm, H: 60 cm): 1,08 m²

Gesamtfläche der Scheiben: ca. 155 m²

Folgende Maßnahmen kämen laut LBV als Schutz in Frage:

7. Greifvogel-Silhouetten (sichtbar)

Nach Aussage des LBV nützen die bekannten schwarzen Silhouetten von Greifvögeln nichts, da die Vögel die unbewegten Silhouetten nicht als Gefahr erkennen, sondern nur als Hindernis. Sie versuchen beim Anflug an die Scheiben den Hindernissen auszuweichen und prallen dann neben den Silhouetten an die Scheibe. Wenn die Silhouetten innen angebracht sind und die Scheibe spiegelt (wie an der Ostseite des S-Bahn-Gebäudes), sind sie noch nicht einmal als Hindernis erkennbar. Die Vögel prallen sogar da auf, wo die Silhouetten innen hängen.

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

8. Vogelschutzfolie

Den besten Schutz für Vögel bieten laut LBV Vogelschutzfolien mit einer flächigen, sich möglichst von der Umgebung abhebenden Markierung (Streifen oder Muster).

Diese Vogelschutzfolien sind mit einer für Vögel sichtbaren Markierung versehen, die sicherstellt, dass Vögel Fenster und Glasscheiben als Hindernis wahrnehmen und dem Hindernis rechtzeitig ausweichen können. Die Vogelschutzfolien haben sich in der Praxis gut bewährt und leisten einen wichtigen Beitrag zum Vogelschutz. Einsatzbereiche der selbstklebenden Vogelschutzfolien sind Lärmschutzwände, verglaste Gebäudefassaden, freistehende Glaswände, Glasstege, Wintergärten, Eckfenster, Bushaltestellen. Sie können auf allen glatten Glas- und Kunstglasflächen angebracht werden. Die Vogelschutzfolien gibt es in verschiedenen Varianten, mit Karos, Punkten, Rechtecken oder Streifen.

9. Greifvogel-Silhouetten (unsichtbar)

Als zweitbeste Maßnahme empfiehlt der Landesbund für Vogelschutz die Anbringung von „unsichtbaren“ Greifvogel-Silhouetten, die nur im UV-Licht sichtbar sind, sog. „Bird-Sticker“. Für das menschliche Auge sind die Silhouetten kaum sichtbar, Vogelaugen aber können sie wahrnehmen - eine echte Innovation im Vogelschutz!

Bei der Aufbringung der Sticker ist darauf zu achten, dass der Abstand der einzelnen Aufkleber untereinander nicht mehr als 10 cm beträgt. Für ein Glaselement des S-Bahn-Gebäudes (Maße 180 x 60 cm) werden daher 18 Stück benötigt, um den gewünschten Schutzeffekt zu erzielen. Folglich ergibt sich eine Gesamtzahl von ca. 2.500 Stück.

Der Aktenvermerk der Verwaltung vom 09.03.2017 wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Beschluss: 8 : 1

Der Umweltausschuss spricht sich dem Grunde nach für die Anbringung eines Vogelschutzes am S-Bahn-Gebäude aus. Die Glasscheiben werden mit Vogelschutzfolien beklebt, die mit folgender sichtbaren Markierung versehen sind:

Alternative 1: Streifen

Für das Haushaltsjahr 2017 sind auf HHSt. 7910.5020 Haushaltsmittel eingestellt.

AZ 622
Bauamt

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

30 9 **Überlegungen zur Einführung eines Solarkatasters für das
Gemeindegebiet Unterföhring**

Der Erste Bürgermeister gibt den öffentlichen Beschluss des Kreisausschusses für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen vom 05.10.2016, Nr. 2, Drucksache 14/0566 bekannt.

Sachstand des Landratsamtes:

Im Klimaschutzkonzept des Landkreises München (Stand 2013) ist als Maßnahme 3.1 die Erstellung eines Solarkatasters für den Landkreis München beschrieben. Solarkataster sind computergestützte interaktive Kartenwerke, mit denen für jedes Gebäude geprüft werden kann, ob und wie geeignet dieses für die Gewinnung von Sonnenenergie ist. Ein Kataster entsteht aus Laserscandaten, die per Überfliegung ermittelt werden und ein dreidimensionales Bild entstehen lassen. Durch Laserscandaten und Gebäudeumrisse werden Daten zur Dachflächengröße, Dachneigung, Dachausrichtung, Einstrahlungsenergie und Abschattung der einzelnen Gebäude ermittelt. Dabei werden der Sonnenstand im Tages- und Jahresverlauf und Einstrahlungs- und Abschattungssituationen bei bestimmten Wetterlagen berücksichtigt.

Bisherige Aktivitäten und Erfahrungen im Landkreis München:

Im Landkreis München haben die Gemeinden Haar und Ottobrunn aktuell ein Solarkataster auf ihrer Homepage eingestellt. Bei diesen Katastern sind jedoch nur Ertragsdaten abrufbar.

Empfehlenswerte Kataster wie z.B. die der Landkreise Steinfurt und Ebersberg (<http://www.solare-stadt.de/kreis-ebersberg/>) beinhalten zusätzlich weitere Tools wie eine individuelle Ertragsberechnung, den Wirtschaftlichkeitsrechner für Photovoltaik, Solarthermie und verbrauchsspezifische Batteriespeicher. Moderne Kataster bieten die Möglichkeit, Module selber auf dem Dach zu platzieren und Angaben zu den verschiedenen Eigenschaften der Module einzugeben. Außerdem wird berechnet, welche Stellen auf dem Dach sich am besten für die Nutzung von Sonnenenergie eignen. Aussagen zur fassadenintegrierten Photovoltaik ermöglichen die gängigen Softwarelösungen nicht.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) bereitet derzeit die Erstellung eines „Potenzialrechners für Photovoltaik-Anlagen“ für ganz Bayern vor, der jedoch nicht vor Mitte 2017 fertig gestellt sein wird. Dieses Kataster, welches nur Photovoltaikerträge ermittelt, wird in den Energieatlas-Bayern integriert. Aussagen über Solarthermie, Batteriespeicher sowie die oben genannten Tools werden in dieser Lösung nicht enthalten sein.

Beschlussvorschlag des Landkreis München:

Der Landkreis München schreibt die Vergabe eines Solarkatasters aus. Dieses soll dem Leistungsspektrum des Solarkatasters Landkreis Ebersberg entsprechen.

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anmerkungen der Verwaltung der Gemeinde Unterföhring:

Datenbereitstellung:

Es müssen keine Laserscandaten per Überflug erhoben werden. Im Rahmen einer Nutzungsvereinbarung können Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung durch die Gemeinde Unterföhring bereitgestellt werden.

Datenqualität:

Seitens der Verwaltung wurden drei Stichproben zur Richtigkeit des Solarkatasters des Landkreises Ebersberg getätigt:

1. Das Solarkaster zeigt, dass eine Solaranlage auf dem Gebäude nicht empfehlenswert ist. Auf dem Gebäude befinden Sie zwei Solarthermieanlagen, welche im Sommer das Gebäude komplett mit Wärme versorgen. Grund: Dachbeschaffenheit.
2. Das Solarkaster zeigt, dass eine Solaranlage auf dem Gebäude empfehlenswert ist. Ortskundigen fällt jedoch auf, dass das Dach durch einen Baum im Sommer verschattet wird.
3. Das Solarkaster zeigt, dass eine Solaranlage auf dem Gebäude empfehlenswert ist. Der Eigentümer berichtet, dass eine Anlage schon geplant wird.

Datenfreigabe:

Die Verwaltung befürwortet die Freischaltung der Ertragsberechnung durch einen Code. Es ist technisch möglich, dass der Code per E-Mail angefragt wird und dann per Post an den Eigentümer versendet wird. Begründung: Eigentümer sollen sich persönlich über die Ergebnisse unterhalten und sich austauschen um Synergieeffekte zu erzielen und das Gemeindeleben zu fördern.

Gründachflächenkataster:

Im Rahmen der Beauftragung eines Solarflächenkatasters kann auch ein Gründachflächenkataster erstellt werden. Die Grunddaten werden durch die Erstellung eines Solarkatasters ausgenommen und könnten von Auftragnehmern zur Berechnung zur möglichen Begrünung auch visualisiert werden. Gegen Auftragsmehrkosten kann dies eine weitere Serviceleitung für Eigentümer sein.

Beschluss: 9 : 0

Der Umwelt- und Energieausschuss spricht sich für die Überprüfung der Einführung eines Solarkatasters aus.

Die Verwaltung wird mit der Überprüfung eines Solarkatasters für das Gemeindegebiet unter folgenden Voraussetzungen beauftragt:

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- Darstellung Solarthermiepotezial, Photovoltaikpotenzial, Sonnenstrahlung, Batteriespeicher, Eignung der Dächer für Photovoltaik und Solarthermie
- Berechnung der Tagesgänge für jeden Monat im Jahr des Strombedarfes, Stromertrages und die mögliche Batterieladung
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen für private und geschäftliche Gebäude mit Einstellungsmöglichkeit des jährlichen Energieverbrauches und Berechnung der Finanzierung unter Angaben des Eigen- und Fremdkapitals, sowie Zinsen und Kreditlaufzeiten, Versicherungswerte, Wartungs- und sonstige Kosten, als auch Inflationsprognosen
- Berechnung des CO2-Einsparpotentials
- Berechnung der Modulplatzierung auf dem Dach, sowie manuelle Einstellungsmöglichkeit durch den Nutzer unter Berücksichtigung der Baulichen Größe, Neigung, Ausrichtung und Leistungsgröße der Module
- Freischaltung der Ertragsberechnungen durch einen Code, welcher durch die Hauseigentümer angefordert werden muss und durch die Gemeindeverwaltung versendet wird
- Wartungs-, Betreuungskosten und Aktualisierung (EEG-Veränderungen) der Daten durch den Partner
- Anforderungen an den Datenschutz
- Optional: Gründachflächenkataster

Das Ergebnis ist dem zuständigen Gremium zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

AZ 8614
Bauamt

31 9 **Bekanntgaben / Anfragen**

31 9 **Bekanntgaben / Anfragen**
Änderung der Beschlussnummer: Überarbeitung der gemeindlichen Grünflächen in Teilbereichen der Isarau

Der Bürgermeister bringt vor, dass sich der Beschlusse des Umwelt- und Energieausschusses vom 06.05.2015, Nr. 4, Überarbeitung der gemeindlichen Grünflächen in Teilbereichen der Isarau in Nr. 3 ändert.
Grund: Ein technischer Fehler im Ratsinformationssystem.

AZ 6101
Bauamt

4. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

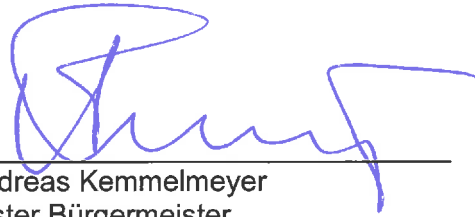
31

9

Bekanntgaben / Anfragen

Nachdem keine Anfragen vorliegen, schließt der Erste Bürgermeister die heutige öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr, bedankt sich für die konstruktive Sitzung und wünscht allen Anwesenden einen angenehmen Abend.

AZ 024
Bauamt



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Stefan Kammermeier
Leitung Sachgebiet Hochbau / Umwelt